

Arbeiterproteste im Vorfeld des 17. Juni 1953 im Spiegel der Lageberichte der Volkspolizei

Zeitraum: Dezember 1952 bis Juni 1953

[Zusammengestellt und bearbeitet von Franziska Frenz, Hans-Hermann Hertle und Hilde Kroll]

02.12.1952: Reichsbahnbau-Union Cottbus, Velten (Bezirk Potsdam)

„Am 2.12.1952 weigerten sich 158 Gleisbauarbeiter der Reichsbahnbau-Union Cottbus, welche in der Nähe des Bahnhofes Velten zu Gleisbauarbeiten eingesetzt waren, ihre Arbeit aufzunehmen. Die Ursache der Arbeitsverweigerung ist folgende:

Die 158 Gleisbauarbeiter waren in 28 Wohnwagen untergebracht, welche von zwei Kesselwagen beheizt wurden. Seit geraumer Zeit ist einer der Kesselwagen defekt, was zur Folge hatte, dass der andere Kesselwagen nur imstande war, acht Wohnwagen durchzuheizen. Die übrigen 20 Waggons konnten nicht geheizt werden. In den Wohnwagen war aufgrund der Kälte zu verzeichnen, dass der Kaffee sowie das Essen in den Schüsseln gefroren war. Die Arbeiter hatten zur Übernachtung nur drei Schlafdecken zur Verfügung. Diese Missstände wurden den Gewerkschaftsfunktionären von den Arbeitern mehrmals vorgetragen. Bis zum Zeitpunkt wurde jedoch noch keine Änderung geschaffen. Durch die Arbeitsniederlegung wollten die Arbeiter erreichen, dass dieser Zustand umgehend abgeändert wird, anderenfalls wollten sie sich am 3.12.1952 zum stellv. Ministerpräsidenten Walter Ulbricht begeben.

Bei Bekanntwerden der Arbeitsniederlegung begaben sich Vertreter der SED-Kreisleitung, der RBD [Reichsbahndirektion, d. Hg.] Berlin, des MfS sowie Angehörige der Abt. K. des VPKA Oranienburg und des VPA (T) sofort zu den Gleisbauarbeitern.

Von Seiten der RBD Berlin wurde sofort eine Änderung der aufgeführten Missstände geschaffen, die sich darin ausdrückt, dass ein Kesselwagen zur Beheizung von dem Bahnhof Lichtenberg nach Velten abgesandt wurde, des weiteren wurde ein geheizter Saal als Notquartier in Velten bereitgestellt. Die Gleisbauarbeiter erklärten sich einverstanden, die Arbeit am 3.12.1952 wieder aufzunehmen. Die weiteren Ermittlungen in dieser Angelegenheit übernimmt das MfS. Die SKK [Sowjetische Kontrollkommission, d. Hg.] wurde durch den Op.-Stab der HVDVP verständigt.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1173, Bl. 21)

09.12.1952 VEB Schuhfabrik Weißenfels (Bezirk Halle)

„Am 9.12.1952 entstand in dem VEB Schuhfabrik Weißenfels/Halle auf Grund einer Betriebsbesprechung über die Verteilung der Weihnachtsprämien eine Diskussion unter den Beschäftigten. Diese steigerte sich bis zu einer vorübergehenden Arbeitsniederlegung innerhalb einzelner Abteilungen des Werkes. Die Betriebsangehörigen brachten zum Ausdruck, dass dadurch, da nicht jeder eine Prämie erhält, sie mit der

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
---------------------------------------	------------------	----------------------------------------------------

Regierungsverordnung nicht einverstanden wären. Durch Einschalten der Werkleitung wurde nach ca. zwei Stunden eine Aufnahme der Produktion wieder erreicht. Ermittlungen führt ausschließlich das MfS.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1173, Bl. 133)

12.12.1952 **VEB Lowa Waggonfabrik Halle**

„Am 12.12.1952 kam es in dem VEB Lowa Waggonfabrik Halle zu einer Protestversammlung der Betriebsangehörigen auf Grund der ungerechten Verteilung der Jahresabschlussprämien. Die Werkleitung schaltete sich ein und nach der Zusicherung, einen besseren Verteilungsplan auszuarbeiten, nahm die Belegschaft die Arbeit wieder auf. Ermittlungen führt MfS in Zusammenarbeit mit der Abt. K. des VPKA Halle.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1173, Bl. 33)

13.12.1952 **Karl-Liebknecht-Werk Magdeburg**

„Außer den im Rapport vom 13.12.1952 gemeldeten zwei Vorkommnissen über Arbeitsniederlegungen und Protestversammlungen aus Anlass des Ministerratsbeschlusses über die Auszahlung der Jahresabschlussprämien legten im Karl-Liebknecht-Werk in Magdeburg insgesamt ca. 1.300 Arbeiter die Arbeit nieder. Aus dem gleichen Grunde wurde im Verlage „Volksstimme“ eine Protestresolution verfasst. Im Thälmannwerk Magdeburg wurde ebenfalls eine Protestresolution von 400 Personen unterschrieben. Außerdem wurde eine Beunruhigung der Belegschaften aus den Werken 7. Oktober, Staatswerft Rothensee und dem Karl-Marx-Werk festgestellt.

Sämtliche angeführten Betriebe liegen im Bezirk Magdeburg.

Nach Einsatz von Agitatoren im Karl-Liebknecht-Werk durch die Sekretäre der SED Kreisleitung Magdeburg wurde die Arbeit in dem Betrieb wieder aufgenommen.

Durch gegnerische Elemente wurde das Vorkommnis beim Schichtwechsel um 14.00 Uhr ausgenutzt, die vor dem Werkseingang erklärten, dass die Gießerei nicht arbeitet. Aus diesem Grunde erschienen von den 30 Arbeitern nur 10 zum Schichtwechsel. Ermittlungen nach den Provokateuren werden z. Zt. noch durchgeführt. Außer der Belegschaft der Gießerei wurde am Nachmittag des 13.12. in allen Abteilungen voll gearbeitet.

Als besonderer Schwerpunkt im Karl-Liebknecht-Werk ist die Motorendreherei zu betrachten. Dort sind noch folgende Diskussionen am häufigsten vertreten:

Alle Werksangehörigen sollen die gleichen Prämien erhalten, wenn es heute nicht klappt, werden wir morgen dasselbe tun bzw. am Mittwoch wiederholen. Wir warten bis zum 18.12., wenn sich dann nichts ereignet hat, streiken wir wieder.

Als vermutliche Täter kommen in Frage:

Hermann R., Motorenmontage, früher Mitglied der NSDAP, jetzt SED. R. war bei Überprüfung der Parteimitglieder eingesetzt und lehnt jede Funktion ab. Er verdient monatlich etwa 1.300 DM;

Karl S., Motorenmontage, früheres Mitglied der AGL des Betriebes,

<p><i>Bundeszentrale für politische Bildung</i></p>	<p><i>DeutschlandRadio</i></p>	<p><i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i></p>
-----------------------------------------------------	--------------------------------	------------------------------------------------------------------

agitierte mit R. negativ;
 K., Motorendreherei;
 G., früher SS-Angehöriger, wollte im Rohrlager die Leute anstiften bzw. aufwiegeln;
 B., hat sich besonders für die Verfassung einer Resolution eingesetzt, er ist vorbestraft;
 K., Alfred, Teilschlosserei; ist bekannt für negative Diskussionen und Gewalttätigkeiten.“
 (Quelle: BA, DO-1/11.0/1173, Bl. 149/50)

15.12.1952

SAG-Betrieb Karl-Marx-Werk Magdeburg

„Am 15.12.1952 7 Uhr verweigerten ca. 150 Arbeiter des SAG-Betriebes Karl-Marx-Werk in Magdeburg die Arbeitsaufnahme und diskutieren über die Auszahlung der Jahresabschlussprämien. Nach Einsatz von Instrukteurgruppen der Partei und Werksleitung wurde die Arbeit gegen 9.45 Uhr wieder aufgenommen. Durch den Arbeitsausfall entstand keine Störung der Produktion. MfS hat Bearbeitung übernommen.“
 (Quelle: BA, DO-1/11.0/1173, Bl. 175)

09.01.1953

VEB Möbelwerk I Cronneburg (Bezirk Gera)

„Am 9.1.1953 legten in dem VEB Möbelwerk I in Cronneburg/Gera 20 Arbeiter infolge Nichtzahlung der fälligen Lohngehälter ihre Arbeit nieder. Der am 5.1.1953 fällige Lohn war bis zum 9.1.1953 noch nicht ausgezahlt. Als Ursache wurde von der Betriebsleitung angegeben, dass ein neues Abrechnungsverfahren eingeführt wurde und dass der Unterschriftenbevollmächtigte für die Bank auf Urlaub ist. Nach der Arbeitsniederlegung war es der Betriebsleitung jedoch sofort möglich, die Lohngehälter zu besorgen. Es besteht der Verdacht, dass der Betriebsleiter Ludwig B. (weitere Personalien nicht gemeldet) bewusst den Lohn zurückgehalten hat, um eine Missstimmung unter den Arbeitern hervorzurufen. Nachdem sich die Arbeiter überzeugt hatten, dass der Lohn gezahlt wird, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Das VPKA Gera wurde von dem Vorkommnis erst am 13.1.1953 verständigt. Weitere Ermittlungen führt das MfS.“
 (Quelle: BA, DO-1/11.0/1175, Bl. 157)

07.03.1953

**Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Tode Stalins:
 „Zusammenfassung der Lage bis 7.3.1953, 12.00 Uhr“**

„Die bisher durchgeführten Feierstunden zu Ehren des Genossen Stalin verliefen im Wesentlichen ohne besondere Vorkommnisse. Die bis 7.3.1953 12.00 Uhr aufgetretenen Vorkommnisse zeigen, dass es sich durchweg um eine gegnerische Arbeit einzelner Elemente handelt, die hauptsächlich versuchen, durch hetzerische Äußerungen Unruhe in die Bevölkerung der DDR zu tragen. Der größte Teil der Vorkommnisse wurde von den BDVPs bis 7.3.1953, 2.00 Uhr, gemeldet (ca.80). [...] Die als Anlage beigefügte Aufstellung zeigt, dass die gegnerische Arbeit

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
---------------------------------------	------------------	----------------------------------------------------

sich hauptsächlich auf die Industriebezirke konzentrierte (BDVP Rostock, Magdeburg, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Gera, Suhl, Halle), wobei in der Hauptsache die Provokationen in Form der Hetze, Gerüchtereiverbreitung angewandt werden, während z. B. Hetzschriften bisher in nur sieben Fällen bekannt wurden. Die wenigsten Vorkommnisse im Berichtszeitraum haben Berlin, Neubrandenburg und Erfurt zu verzeichnen.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1176, Bl. 73)

15.04.1953

SAG Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“ Magdeburg

„Am 15.4.1953, in der Zeit von 14.00 bis 15.00 Uhr, legten im SAG „Ernst Thälmann“ in Magdeburg 30 Arbeiter des Verkehrsbetriebes ihre Arbeit nieder, weil sie mit der Festlegung neuer Arbeitsnormen nicht einverstanden waren. Durch die Betriebs-Parteioorganisation und BGL wurden entsprechende Maßnahmen zur Behebung bestehender Unklarheiten eingeleitet.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1178, Bl. 3)

20.04.1953

Staatliche Betriebe in Groß Nemerow (Bezirk Neubrandenburg)

„Am 20.4.1953 legten 13 Arbeiter der staatlichen Betriebe in Gr. Nemerow/Neubrandenburg die Arbeit nieder, da sie die fällige Lohnzahlung nicht erhalten hatten. Die Ermittlungen erbrachten, dass die Lohnzahlungen für die Arbeiter dieser Treuhandbetriebe laufend Rückstände aufweisen. Sofort eingeleitete Maßnahmen seitens der SED-Kreisleitung und des Abschnittbevollmächtigten führten zur Auszahlung des Geldes und Wiederaufnahme der Arbeit.

MfS wurde verständigt. Bearbeitung des Vorganges hat die Abt. K. des VPKA Neubrandenburg.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1178, Bl. 49)

03.-06.05.1953

VEB Kombinat „Otto Grotewohl“ Böhlen (Bezirk Leipzig)

„Am 3.5.1953 fuhr im VEB Kombinat „Otto Grotewohl“

Böhlen/Borna/Leipzig ein Kohlenvollzug einem Kohlenleerzug in die Flanke. Die Flankenfahrt ist darauf zurückzuführen, dass der Lokführer des Kohlenvollzuges, Horst H., geb. am 23.3.1927, auf seiner E-Lok eingeschlafen war. Personenschaden entstand nicht. Der entstandene Sachschaden beträgt ca. 12.000,- DM. Der beschuldigte Lokführer wurde festgenommen.

Aus Protest gegen die Festnahme des Lokführers legten am 5.5.1953 33 E-Lok- und Dampflokführer des genannten VEB die Arbeit nieder. Des weiteren wurde eine Protestresolution verfasst, in welcher die Freilassung des an der Flankenfahrt Schuldigen gefordert wurde. Durch die Betriebsleitung und die Betriebsparteileitung wurde festgelegt, dass am 6.5.1953 eine Delegation zu der Staatsanwaltschaft Borna fährt, um eine nochmalige Untersuchung des Vorganges [zu fordern? *Unleserlicher handschriftlicher Nachtrag, d. Hg.*]. Die 33 Lokführer nahmen daraufhin ihre Arbeit wieder auf, erklärten aber, dass sie, wenn bis zum 6.5.1953 der Beschuldigte nicht frei ist, abermals die Arbeit niederlegen würden. MfS

<p><i>Bundeszentrale für politische Bildung</i></p>	<p><i>DeutschlandRadio</i></p>	<p><i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i></p>
-----------------------------------------------------	--------------------------------	------------------------------------------------------------------

wurde verständigt. Bearbeitung des Vorganges durch die Abt. K. des Betriebsschutzes.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1178, Bl. 183)

27./28.05.1953 Vereinigte Elektromaschinenfabrik „Fimag“ Finsterwalde (Bezirk Cottbus)

„Am 27.5.1953 wurde von den 270 Arbeitern der Vereinigten Elektromaschinenfabrik „Fimag“ in Finsterwalde/Cottbus aus Protest gegen die Normerhöhung um 25 % für ca. vier Stunden die Arbeit niedergelegt. Aus gleichem Grund legten am 28.5.1953 die 800 Werk tätigen der VEM „Kjellberg“ für die Dauer von drei Stunden die Arbeit nieder. Beide Betriebe sind Privatbesitz schwedischer Unternehmer. Die Werk tätigen beider Betriebe nahmen die Arbeit wieder auf unter der Bedingung, daß die Betriebsleitungen beim Ministerium in Berlin vorsprechen und die Zurücknahme der Normerhöhungen erwirken.

Im Betrieb „Kjellberg“ entstand ein Produktionsausfall in Höhe von ca. 20.000,- DM. Der Produktionsausfall des anderen Betriebes wurde noch nicht ermittelt. Abt. K. Finsterwalde in Verbindung mit dem MfS führen Ermittlungen nach den Anstiftern dieser Unruhen. Vom Op.-Stab der HVDVP wurden SKK und MfS verständigt“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1178, Bl. 371)

30.5.1953 VEB LEW „Hans Beimler“ Hennigsdorf (Bezirk Potsdam)

„Am 30.5.1953 in der Zeit von 7.00 – 10.00 Uhr legten ca. 200 Arbeiter des VEB LEW „Hans Beimler“ Hennigsdorf/Oranienburg/Potsdam die Arbeit nieder, weil sie mit der Erhöhung der Arbeitsnormen nicht einverstanden waren. Die Nachmittagschicht hat die Arbeit bis auf vier Arbeiter um 14.00 Uhr aufgenommen. Durch die Arbeitsniederlegung entstand ein Schaden von ca. 25.000 –DM. Weitere Ermittlungen führt das MfS.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1178, Bl. 387)

Ab 01.06.1953 Bezirk Karl-Marx-Stadt

„Durch eine Besprechung mit Vertretern der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt wurde bekannt, dass seit dem 1.6.1953 in verschiedenen Betrieben einzelner Industriezweige sehr negative Diskussionen über die lt. Ministerratsbeschluss erhöhten Arbeitsnormen geführt werden.

Im Schleifmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt legten am 2.6.1953 die in der Dreherei Beschäftigten die Arbeit nieder und blieben der Arbeit am 3.6.1953 fern. Ähnliche Vorkommnisse sind im VEB „Nagama“ Karl-Marx-Stadt, „Textima“ Spinnereimaschinenbau Karl-Marx-Stadt sowie in der 1. Chemnitzer Maschinenfabrik und im Gusswerk Hainichen zu verzeichnen. Die Gründe, die zu o. a. Erscheinungen führten, sind in der ungenügenden Vorbereitung und ideologischen Aufklärung der Arbeiterschaft sowie in den kategorisch angeordneten Normenerhöhungen seitens der Meister bzw. Betriebsleitungen zu suchen. In Glauchau wurde der Betriebsleiter eines Betriebes aus dem vorstehenden Grunde bereits abgelöst. MfS des Bezirkes Karl-Marx-Stadt hat von den Vorkommnissen Kenntnis und führt in allen

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
---------------------------------------	------------------	----------------------------------------------------

Fällen die alleinige Ermittlung und Bearbeitung durch.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1178, Bl. 37)

05./06.06. 1953 VEB Spezialmöbelfabrik Box Johanngeorgenstadt

„Betr.: Berichterstattung über den Ablauf der Umsiedlung der Bevölkerung von Johanngeorgenstadt.

Aus der VEB Spezialmöbelfabrik Box wurde bekannt, dass sich unter den Arbeitern aufgrund der Aktion eine Unzufriedenheit breit macht. So lehnen in der letzten Zeit die Arbeiter ab, Zeitungen zu kaufen, desgleichen erfolgten keine Einzeichnungen in die Spendenlisten der Nationalen Front. Der BGL-Vorsitzende U., Mitglied der SED, sagte zu dem ABV, dass das Vertrauen der Arbeiter zur Regierung etwas erschüttert ist. Der Werkmeister des Betriebes wusste von einem im Umlauf befindlichen Gerücht zu berichten, wonach die Arbeiter in Bezug auf die Ansiedlung der Bevölkerung es zeigen werden, dass die verantwortlichen Stellen dieses in den nächsten Tagen zu spüren bekämen. Was jedoch von den Arbeitern in dieser Hinsicht geplant ist, konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 40)

04.06.1953 VEB Werkzeugmaschinenbau „Ernst Thälmann“ Magdeburg

„Am 4.6.1953 nahmen im VEB Werkzeugmaschinenbau „Ernst Thälmann“ Magdeburg mehrere Arbeiter aus Protest gegen die Normerhöhung ihre Arbeit nicht auf. Als die Arbeiter Aufklärung verlangten, lehnte der Arbeitsdirektor eine solche ab mit der Begründung, daß es nicht der geeignete Augenblick zur Durchführung einer großen Versammlung wäre, vielmehr wäre dieses Aufgabe der Partei- und Gewerkschaftsgruppen. Als der Parteisekretär und ein Mitglied der AGL die Lage klären wollten, wurden diese von den Arbeitern nicht angehört. Einige Genossen, welche Aufklärung zu schaffen versuchten, wurden niedergeschrien. Der überwiegende Teil der Parteimitglieder beteiligte sich an dem Streik. Erst gegen 10.00 Uhr wurde die Arbeit wieder aufgenommen, gegen 10.45 Uhr lief der Betrieb normal.

Es entstand ein Arbeitsausfall von etwa 120 Stunden. Die Bearbeitung des Vorganges übernahm das MfS.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 44)

06.06.1953 Stadtgut Muldenhammer (Bezirk Karl-Marx-Stadt)

„Am 6.6.1953 verweigerten die Landarbeiter des Stadtgutes Muldenhammer/Aue/Karl-Marx-Stadt die Arbeit, weil sie seit 10 Tagen keinen Lohn erhalten haben. Das Gut Muldenhammer wurde im Mai 1953 nach Festnahme des Großbauern K. der Stadtverwaltung Eibenstock/Aue übergeben, die damit für die Lohnabrechnung verantwortlich war. Die Landarbeiter erhielten jedoch nur eine Abschlagszahlung, da angeblich seitens der Stadt keine Gelder zur Verfügung standen. Nach Bekanntwerden des Vorkommnisses wurde durch die Abt. K. des VPKA Aue mit den Landarbeitern eine Aussprache durchgeführt, die nach kurzer Zeit die Arbeit

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
---------------------------------------	------------------	----------------------------------------------------

wieder aufnehmen. Abt. Landwirtschaft Aue erhielt Kenntnis, und veranlasst die rückständige Lohnzahlung durch die Stadtverwaltung Eibenstock.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 58)

11./12.06.1953 Treuhandbetrieb Eisengießerei Wittigsthal

„Betr.: Berichterstattung über die Umsiedlung der Bevölkerung von Johannegeorgenstadt.

Unter den Arbeitern des Treuhandbetriebes Eisengießerei Wittigsthal macht sich in der letzten Zeit eine schlechte Arbeitsmoral bemerkbar. Ein Teil der Arbeiter versucht, eine andere Arbeitsstelle zu erhalten, wobei sich die meisten Arbeiter bei der Wismut-AG bewerben. Die Agitatoren des Betriebes brachten zum Ausdruck, dass das Werk kurz vor dem Konkurs stehe und es entweder verlagert werden müsse oder es hört auf zu bestehen. Von der schlechten Arbeitsmoral wurden sogar Arbeiter erfasst, die sich bisher durch gute Leistungen auszeichneten und Sieger im Wettbewerb um die Wanderfahne wurden. Die Frau eines Arbeiters brachte zum Ausdruck, dass sie nicht an die Notwendigkeit einer Umsiedlung glaubt, vielmehr soll es sich um ein Manöver handeln, um alle nicht berufsgebundenen Personen auszusiedeln. In ähnlichem Sinne wird von einer ganzen Anzahl Personen diskutiert.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 81)

11.06.1953 VEB Schraubenfabrik Finsterwalde (Bezirk Cottbus)

„Am 11.06.1953, 6.00 Uhr, legten im VEB Schraubenfabrik Finsterwalde/Cottbus ca. 40 Arbeiter der Presserei aus Protest gegen die Normerhöhung ihre Arbeit nieder und forderten eine Betriebsversammlung. Die Arbeitsniederlegung dauerte ca. eine Stunde. In der Betriebsversammlung, die in Anwesenheit von etwa 700 - 800 Arbeitern durchgeführt wurde, wurde zum Ausdruck gebracht und festgestellt, dass die generelle Normerhöhung fehlerhaft war, vielmehr sollen künftig nach entsprechender Agitation die Normerhöhungen auf freiwilliger Basis erfolgen.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 84)

12.06.1953 Hildburghausen/Bezirk Suhl

„Aus den bisher eingegangenen Stimmungsberichten geht immer wieder hervor, daß die Bevölkerung höchst erfreut ist und der selbstkritischen Stellungnahme unserer Partei über ihre begangenen Fehler alle Achtung entgegenbringen.

Besonders zu erwähnen ist dabei die Gemeinde Empfertshausen, Kreis Bad Salzungen, eine Gemeinde mit ausgesprochenem und weit verbreitetem Holzschnitzerhandwerk. Nach Bekanntgabe der Vorschläge haben alle Handwerker die Arbeit niedergelegt und aus Anlass den Tag mit einem Trinkgelage ausgefüllt.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 90)

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
---------------------------------------	------------------	----------------------------------------------------

- 12.06.1953 Büromöbelfabrik Box Johanngeorgenstadt**
 „Betr.: Berichterstattung über die Umsiedlung der Bevölkerung von Johanngeorgenstadt. (...)“
 In der Büromöbelfabrik Box traten Arbeiter an die BGL heran und forderten, dass ein Schreiben an das ZK abgefasst werden soll, in dem zum Ausdruck kommen müsse, dass die Deformierung des Betriebes das Missfallen der Belegschaft hervorgerufen hätte. Es soll damit erwirkt werden, dass mit dieser Firma eine besondere Regelung getroffen wird.
 [...]“
 (Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 90)
- 12.06.1953 VEB Abus Gotha (Bezirk Erfurt)**
 „Am 12.6.1953 legten im VEB Abus Gotha/Erfurt die Arbeiter der Dreherei die Arbeit nieder, da sie mit der Normerhöhung um 19%, die von Seiten der Hauptabteilung Schwermaschinenbau angeordnet wurde, nicht einverstanden waren. Von den Arbeitern wurde erklärt, dass sie die Notwendigkeit einer Normenerhöhung aufgrund des ZK-Beschlusses um 10% einsehen, eine Erhöhung um 19% als ungerechtfertigt betrachten, und dass in diesem Falle ebenso ein Irrtum vorliegt wie seitens der Regierung bei der Festsetzung der jetzt aufgehobenen Beschlüsse. Durch Vertreter der Partei, des FDGB und der Betriebsleitung wurde mit einer Delegation der Arbeiter eine Sitzung durchgeführt, in der die Einzelheiten zur Ermittlung der Ursachen dieses Vorkommnisses besprochen wurden. Auf Beschluss aller Anwesenden wurde eine Kommission aus Spezial- und Bestarbeitern gebildet, die eine genaue Überprüfung der Arbeitsnormen vornimmt. Die Arbeit, die von 7.00 bis 10.45 Uhr ruhte, wurde dann von allen Arbeitern wieder aufgenommen. Höhe des entstandenen Produktionsausfalls ca. 2.200,- DM. Bearbeitung hat das MfS übernommen.“
 (Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 105)
- 12.06.1953 Brandenburg a. d. Havel - Innenstadt, Kreisgericht, diverse Betriebe (Bezirk Potsdam)**
 „Am 12.06.1953 erschienen in Brandenburg/Potsdam vor dem Kreisgericht etwa 5-6 Arbeiter der ehem. Firma Kurt Taege in angetrunkenem Zustand und versuchten unter Drohungen und Tötlichkeiten gegen den Staatsanwalt die Freilassung des Fuhrunternehmers Kurt Taege zu erzwingen. Nachdem sie aus dem Kreisgericht verwiesen wurden, provozierten sie auf der Strasse weiter und verursachten einen großen Menschauflauf von etwa 2.000 Personen. Nach dem Einsatz von Agitatoren der SED-Kreisleitung zerstreute sich die größte Menge der Menschen bis auf kleinere Gruppen, meist Jugendliche. Der inhaftierte Taege wurde entlassen und befindet sich zur Zeit unter polizeilichem Schutz in seinem Garten außerhalb Brandenburgs.
 [Es folgt eine in dem Dokument gestrichene Passage, welche jedoch in der Originalakte noch lesbar ist, siehe auch Anmerkung unten, d. Hg.]:
 * Es sind einige Zusammenstöße zwischen Parteifunktionären und beteiligten Personen zu verzeichnen. *

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
---------------------------------------	------------------	----------------------------------------------------

Das MfS wurde verständigt. Sicherungsmaßnahmen für den Kreisamtsbereich und BS-Einheiten wurden getroffen. Ermittlungen führt die Abt. K des VPKA Brandenburg.“

*[Die nachgetragene handschriftliche Notiz, die die gestrichene Passage wohl ersetzen soll, lautet: *Bei dem Agit. -Einsatz kam es zu Tötlichkeiten. Ernste Verletzte wurden nicht festgestellt.*]*

[...]

Ergänzend wird berichtet, dass nach der anfänglichen Aufforderung der 5 Arbeiter der Fa. Taege, den Geschäftsführer aus der Haft zu entlassen, vermutlich Angehörige der „Jungen Gemeinde“ dieses Vorkommnis zu einer größeren Provokation entwickelten und für sich ausnutzten. Bei diesen Provokationen wurde der 1. Sekretär der FDJ des Kreises Brandenburg Gen. N., tötlich angegriffen, niedergeschlagen und verletzt, so dass er in das Krankenhaus eingeliefert werden musste. Lebensgefahr besteht nicht. In diesem Zusammenhang wurden auch auf andere Mitglieder der FDJ und der Partei Tötlichkeiten verübt. Die Rädelsführer der Provokation wurden namentlich festgestellt. Eine Festnahme ist nach Rücksprache mit der MfS-Dienststelle noch nicht erfolgt. Die weitere Bearbeitung hat sich das MfS vorbehalten.

Die Menschenansammlung am 12.6.1953 hat sich gegen 22.00 Uhr verlaufen. Zu weiteren Vorkommnissen kam es in der Nacht nicht.

Ergänzend wird ferner berichtet, dass dieses Vorkommnis von der Bevölkerung der Stadt Brandenburg lebhaft diskutiert wird, insbesondere auf dem am 13.06.1953 erstmalig in diesem Jahr durchgeführten Bauernmarkt.

Dabei ergaben sich negative Diskussionen, die gleichzeitig mit bestehenden Mängeln des Bauernmarktes betrachtet werden. Andere Gruppen versuchten die Angelegenheit ins Lächerliche zu ziehen. Zu erneuten Provokationen ist es bisher nicht gekommen. Am 13.6.1953 erhielt der Kreisstaatsanwalt von Brandenburg einen Anruf durch die BGL des Betriebes S., in dem Auskunft verlangt wurde, wann der ehem. Betriebsinhaber entlassen wird. In dem Betrieb sind z. Zt. 60 Personen beschäftigt. Aufgrund dieses Anrufes wurden durch die Kreisleitung der SED Gegenmaßnahmen eingeleitet und Agitatoren in dem Betrieb zum Einsatz gebracht.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 96-104)

12.06.1953

VEB Ifa-Karosseriewerk Halle

„Am 12.6.1953 legten in Halle in dem VEB Ifa-Karosseriewerk ca. 20 Arbeiter nach einer Besprechung über die Normerhöhung die Arbeit für ca. drei Stunden nieder. Durch die SED-Kreisleitung wurden Agitatoren eingesetzt. Bearbeitung des Vorganges erfolgt durch die Abt. K. des VPKA Halle. MfS wurde verständigt. Der Op.-Stab der BDVP Halle erhielt erst am 16.6.1953 von obigem Vorkommnis Kenntnis. Ermittlungen nach der Ursache der späten Meldungserstattung wurden eingeleitet.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 122)

<p><i>Bundeszentrale für politische Bildung</i></p>	<p><i>DeutschlandRadio</i></p>	<p><i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i></p>
---------------------------------------------------------	--------------------------------	----------------------------------------------------------------------

16.06.1953 **Demonstrationszüge und Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Betrieben in Berlin**

„Besondere Vorkommnisse:

Betr.: Bildung von Demonstrationen in Berlin.

Am 16.6.1953 gegen 10.30 Uhr bildeten sich in Berlin-Friedrichshain zwei Demonstrationen von ca. 800 Personen, vorwiegend Bauarbeiter, die über den Marx-Engels-Platz, Thälmannplatz nach dem Haus der Ministerien in der Leipziger Strasse marschierten, wo sie gegen 14.00 Uhr eintrafen. Bis hier war der Demonstrationen zug auf ca. 5.000 Personen angewachsen. Zu bemerken ist noch, dass die Demonstrationen bei dem Vorbeimarsch an der Baustelle Staatsoper versuchten, die dortigen Bauarbeiter zur Teilnahme an der Demonstration zu beeinflussen. Gegen 14.00 Uhr legten weitere Bauarbeiter in der Kosanke-Siedlung in Berlin-Lichtenberg infolge Normerhöhung die Arbeit nieder. Nachdem den Bauarbeitern mitgeteilt wurde, dass diese Normerhöhung nicht eintritt, wurde von ihnen die Arbeit wieder vollzählig aufgenommen.

Die Demonstrationen vor dem Haus der Ministerien riefen provokatorische Losungen gegen die SED und gegen die Volksarmee. Die von dem Ministerium eingesetzten Redner zur Aufklärung der versammelten Demonstrationen wurden in pöbelhafter Weise niedergeschrien.

Gegen 15.00 Uhr setzte sich der Demonstrationen zug über die Friedrichstrasse/Wilhelm-Pieck-Strasse in Richtung Neue-König-Strasse/Alexanderplatz in Bewegung. In der Zwischenzeit bildeten sich starke Diskussionsgruppen in der Stalinallee. Des weiteren wurden in Berlin-Mitte von angetrunkenen Personen provokatorische Zwischenfälle, wie Umkippen eines LKWs oder Missbehandlung von Angestellten der Deutschen Post durchgeführt.

Gegen 16.00 Uhr erreichte der Demonstrationen zug das Präsidium der Volkspolizei Berlin, wo die Demonstrationen erneut hetzerische Losungen gegen die Volksarmee riefen. Die Demonstrationen hatten sich in der Zwischenzeit in den Besitz eines Lautsprecherwagens gebracht, mit dessen Hilfe sie die Bevölkerung zum Generalstreik aufriefen.

Vom PdVP Berlin aus bewegte sich der Demonstrationen zug dann über die Schilling-Strasse nach der Stalin-Allee und von hier aus nach Berlin-Lichtenberg, wo die Demonstrationen die Arbeiter des VEB Fortschritt I aufforderten, die Arbeit niederzulegen.

Anschließend kehrten die Demonstrationen nach der Warschauer Strasse zurück, wo sich der Demonstrationen zug gegen 19.00 Uhr in Höhe der Warschauer Brücke auflöste. Auf diesem Wege schlugen die Demonstrationen in Höhe des U-Bahnhofes Stalin-Allee einen VP-Angehörigen nieder. Des weiteren wurden von denselben zwischen Proskauer- und Warschauer Strasse Fahnen der FDJ heruntergerissen. Ehe sich der Zug auflöste, ging ein Teil der Demonstrationen dazu über, die Sektorenschilder umzuwerfen. Des weiteren wurden die an der Sektorengrenze eingesetzten VP-Angehörigen an der Oberbaumbrücke angegriffen. Gegen 20.00 Uhr wurden ca. 500 FDJler, die sich in Richtung Friedrichstadtpalast bewegten, von ca. 150 Jugendlichen angepöbelt. Zu Tötlichkeiten kam es nicht. Zum gleichen

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Zeitpunkt wurde festgestellt, dass ein PKW aus dem Westsektor in der Nähe des Alexanderplatzes an der Ecke Lenin-Stalinallee junge Menschen auslädt.

In der Zwischenzeit bildeten sich in der Stalinallee erneute Demonstrationzüge in einer Stärke von insgesamt ca. 1.000 Personen. Hier wurden vom Block E Fahnen und Transparente abgerissen. Vor dem Cafe „Warschau“ in der Stalinallee protestierten die Demonstrationsteilnehmer gegen die Preise der HO. Des weiteren wurden abermals provokatorische Reden gegen die SED gehalten.

Gegen 21.00 Uhr legten die Arbeiter des VEB Fortschrittwerk I in Berlin-Lichtenberg die Arbeit nieder und bewegten sich gleichfalls in Richtung Stalinallee, wo sie sich mit den anderen Demonstranten vereinigten.

Nun bewegte sich der gesamte Demonstrationzug in Richtung Alexanderplatz. Als die Personen in Höhe der Sporthalle waren, wurden die Sporthalle und das Stalin-Denkmal von denselben mit Steinen beworfen.

Gegen 21.20 Uhr bildeten sich auf dem Alexanderplatz starke Diskussionsgruppen. An dem Kontrollpunkt Chausseestrasse versuchten große Gruppen Jugendlicher mit Hetzschriften in den demokratischen Sektor von Berlin zu gelangen.

Gegen 21.30 Uhr legten die Arbeiter des Fortschrittwerkes III in Berlin-Greifswalderstrasse die Arbeit nieder und schlossen sich gleichfalls dem Demonstrationzug an. Auf dem Alexanderplatz zerschlugen die Demonstranten die Fensterscheiben einer HO-Gaststätte und der Vorhalle des Bahnhofes Alexanderplatz. Gegen 22.00 Uhr randalierten ca. 700 Personen auf dem Marx-Engels-Platz und zerstörten die dort angebrachten Transparente. Des weiteren wurden die Fahnen heruntergerissen.

Gegen 23.00 Uhr wurden die Menschenansammlungen auseinandergesprengt. Seit diesem Zeitpunkt trat eine Normalisierung der Lage ein. Besonders zu bemerken ist noch, dass ein Teil der an der Demonstration teilnehmenden am Bersarinplatz und in der Stalin-Allee versuchte, in die Häuser einzudringen, wo Genossen der SED wohnen. Gegen 24.00 Uhr legten im VEB Wälzlager in Berlin-Lichtenberg die Arbeiter ihre Arbeit nieder.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 119-122)

16.06.1953

Arbeiter von Privatfirmen in Güstrow (Bezirk Schwerin)

„Am 16.6.1953 versammelten sich in Güstrow/Schwerin vor der Haftanstalt ca. 100 Arbeiter zweier Privatfirmen und versuchten, für die Freilassung der inhaftierten Inhaber zu demonstrieren. Durch den sofortigen Einsatz von Agitatoren seitens der SED-Kreisleitung gelang es, das Vorhaben zu vereiteln und die Arbeiter in ihre Betriebe zurückzuschicken, wo sie jedoch die Arbeit niederlegten. Einige Zeit später versammelten sich erneut ca. 400 Einwohner aus Güstrow vor der Haftanstalt mit dem gleichen Ziel, dass die Arbeiter der Privatfirmen erreichen wollten. Auch hier gelang es durch den Einsatz von Agitatoren, die Personen zu zerstreuen. Außer einigen Angehörigen der Abt. K. des VPKA Güstrow kamen bei dem Vorkommnis keine VP-Angehörigen zum Einsatz. MfS und Bezirksleitung der SED

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
---------------------------------------	------------------	----------------------------------------------------

wurden verständigt.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 122)

16.06.1953

Reichsbahnarbeiter in Hohenschöppingen (Bezirk Potsdam)

„Am 16.6.1953 legten ca. 1.000 Reichsbahnstreckenarbeiter in Hohenschöppingen/Oranienburg/Potsdam die Arbeit nieder. Von Seiten der Partei wurden Agitatoren eingesetzt.“

(Quelle: BA, DO-1/11.0/1179, Bl. 122)

*Bundeszentrale für politische
Bildung*

DeutschlandRadio

*Zentrum für Zeithistorische
Forschung Potsdam e.V.*